

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1383

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1383



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Die Öffnung des chinesischen Marktes und die Bedeutung individueller Rechte



CARLO LOTTIERI* • Dezember 2013

Der unglaubliche Aufschwung und das damit verbundene, zunehmend einflussreiche wirtschaftliche Auftreten Chinas auf dem internationalen Parkett haben hitzige und zugleich anregende Debatte angestossen. Insbesondere stellen sich viele den chinesischen Markt beobachtende Fachleute die Frage, inwiefern es sich als legitim rechtfertigen lässt, mit einem Land wirtschaftliche Beziehungen einzugehen, wohl wissend, dass dort den individuellen Rechten oft nicht die unseren Standards entsprechende Achtung zukommt. Dennoch lassen sich Argumente für die Erweiterung kommerzieller Beziehungen zwischen dem Westen und China ausmachen. Es sollen hier einige Hauptargumente der Gegner dieser institutionell-wirtschaftlichen Anbindung des Westens an China betrachtet werden, und mit dem Argumentarium der Befürworter verglichen werden.

Das China-Paradox

Mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts offenbart sich im stetig wachsenden China in vielerlei Hinsicht eine paradoxe Situation. Die asiatische „Supermacht“ ist ein ökonomischer Riese, dessen Bevölkerung von weit über eine Milliarde Menschen trotz anhaltender Verbesserung grossenteils noch immer unter furchtbaren Bedingungen zu leben hat. Obschon die gesamtwirtschaftliche Produktion Chinas heute zu einer der grössten weltweit zählt, ist das Pro-Kopf-Einkommen eines Chinesen im Vergleich zu den Bürgern anderer grosser Wirtschaftsnationen nach wie vor deutlich tiefer.

Im Grunde genommen ist Chinas wirtschaftliche Realität unvereinbar mit seiner institutionellen Situation: China war und ist noch immer ein kommunistisch

* Der Autor ist Professor für Rechtsphilosophie an der Universität Siena, Gastprofessor am Institut für angewandte Philosophie in Lugano und Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts.

regiertes Land, zentralistisch durch eine Einparteienregierung geführt. Und doch geht in China ein autoritäres Führungsregime mit einer für europäische Verhältnisse wenig regulierten Wirtschaft Hand in Hand. Des Weiteren zeigt China ein völlig anderes Gesicht in seinem Umgang mit Hongkong. Die überaus fortschrittliche Metropole ist eine sogenannte Sonderverwaltungszone der Volksrepublik China. Obwohl China vor ein paar Jahren seine Herrschaft über Hongkong wiederherstellte, geht Hongkong noch immer seinen eigenen Weg (nach dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“). Dass Hongkongs Weg hochgradig erfolgreich sein muss, lässt sich aus dem, vom Liberalen Institut mitherausgegebenen Fraser-Index wirtschaftlicher Freiheit ablesen, bei dem Hongkong regelmässig die vordersten Plätze belegt.

Genauso gibt es aber auch innerhalb Chinas sich immer weiter ausbreitende Städte wie beispielsweise Guangzhou, Schanghai oder Beijing, welche sich von der ländlichen Gegend Chinas massiv unterscheiden. Von dieser wird immer wieder gesagt, dass Korruption grassiert und Staatsbürger willkürlicher Unterdrückung vonseiten des Staates ausgesetzt sind.

China ist tatsächlich kein gewöhnliches Land. Vielmehr kann es als ein eigener Kontinent betrachtet werden, nicht nur aufgrund seiner unendlich weiten Landmassen, sondern auch wegen der inhärenten Komplexität (sprachlich, religiös, kulturell), welche selbst der Maoismus nicht auszumerzen vermochte. Der im Westen gut bekannte belastende Konflikt mit Tibet ist beileibe kein Einzelfall. Es wird gesagt, dass viele weitere Minoritäten in China politischer Willkür ausgesetzt sind.

Allerdings gilt es auch einem, nur allzu oft vernachlässigten Umstand Beachtung zu schenken: Der chinesische Wirtschaftsmotor läuft zurzeit bei Wachstumsraten von nahezu 10%. Das ist eine unglaubliche Zahl, von der europäische Länder nicht einmal zu träumen wagen. Gerade deswegen ist unsere europäische Beurteilung der Geschehnisse in China oft zu kurzfristig. Ein Einkommenszuwachs von ungefähr 100-200 Dollars pro Jahr mag aus unserer Sicht nicht als Grund zum Prahlens erscheinen. Indes stellt dieser Zuwachs für den durchschnittlichen Chinesen eine signifikante Verbesserung des Einkommens- und somit Lebensstandards dar. Damit einhergehen natürlich neue Möglichkeiten und die Hoffnung auf ein besseres Leben in der Zukunft.

Die Quellen des chinesischen Wachstums sind interner wie auch externer Art. Zweifellos, seit dem Niedergang der sogenannten „Gang of Four“ und dem Aufstieg Deng Xiaopings hat der chinesische Kommunismus eine Wendung zum Besseren erfahren, und zwar insofern, als dass Privateigentum und freies Unternehmertum nun einen höheren Stellenwert genießen. Nachdem es dieser Regierung gelungen war, alte Laster und Rigiditäten aus der Zeit der Kulturrevolution abzuschütteln, stand es der chinesischen Gesellschaft plötzlich offen, unternehmerisch tätig zu werden, auch wenn das sonstige Umfeld noch überhaupt nicht darauf eingestellt war (dies hauptsächlich wegen der immensen Macht einer Partei und der damit einhergehenden Korruption). Als bald entwickelten sich die ersten Import- und Exportunternehmen, welche mit ausländischen Konzernen in Joint Ventures eintraten. Dieser Prozess wurde verstärkt durch ein Wiedererstarken jener Globalisierung, welche lange Zeit die internationalen Beziehungen geprägt hatte, und in den vergangenen Jahrhunderten überwunden worden war durch den Aufstieg der Nationalstaaten und deren schädliche protektionistische Massnahmen.

In der momentanen Situation, in der China eine gewaltige wirtschaftliche und damit auch gesellschaftliche Metamorphose durchläuft, scheint die Zukunft des asiatischen Giganten ungewiss. Nicht zuletzt ist dieses Land immer noch geprägt von Armut, schlechten Arbeitskonditionen und vor allem einem Mangel an persönlicher Freiheit. Spricht man von China, zwingt sich eine Debatte über die Stellung der Menschenrechte regelrecht auf. Immer wieder wird in den Medien über deren Verletzung in irgendeiner Art und Weise berichtet. Das Anliegen der individuellen Freiheit eines jeden Einzelnen – in China verbunden mit der völligen Abwesenheit zuverlässiger rechtlicher Institutionen – ist in der Tat bedeutsam. Nicht zuletzt da die Missachtung grundlegender Menschenrechte immer wieder durch die Gegner einer wirtschaftlichen Integration des Westens und Chinas als Argument ins Feld geführt.

Falsche Einwände gegen die wirtschaftliche Integration

Mit Blick auf China kristallisieren sich für den Westen heute zwei mögliche Entwicklungspfade heraus: Entweder könnte die Entscheidung getroffen werden, eine Kooperation mit der chinesischen Wirtschaft so gut es geht zu verhindern. Beispielsweise durch Embargos, Schutzzöllen und so weiter.

Die Alternative bestünde, im Gegenteil, darin, eine tiefer- und weitergehende wirtschaftliche Integration zwischen dem Westen und dem Reich der Mitte anzustreben. Dieser Strategie folgend würden die beiden Partner auf den Abbau möglichst vieler Handelshemmnisse und protektionistischer Massnahmen hinarbeiten müssen (auch solcher, die vorgeblich das Wohl der Konsumenten schützen sollen).

Die Befürwortung von Handelsrestriktionen basiert auf einer Reihe von Argumenten. Dieser Beitrag, in dem eine grösstmögliche Marktöffnung Chinas und des Westens als erstrebenswertes Ziel angesehen wird, hat zum Ziel, vier oft genannte Argumente kritisch zu beleuchten:

1. Das erste Argument stammt von Gegnern, welche China mit einer Isolierungstaktik dazu bringen wollen, radikale Änderungen ihrer Regierung umzusetzen. Es wird behauptet, dass der Westen so lange keine Beziehungen zu China unterhalten sollte, bis sich dieses vom Einparteiensystem abwendet und sich der Problematik der Menschenrechte ernsthaft annimmt. Wenn überhaupt wirtschaftliche Verträge eingegangen werden, dann nur unter der Bedingung, dass grundlegende Freiheiten und bessere Arbeitskonditionen durchgesetzt werden. Ausgangspunkt dieser Argumentation ist die Vorstellung, dass eine engere wirtschaftliche Verflechtung unter den Staaten das autoritäre Regime in Beijing stärkt, das ja gerade Ursache des Mangels an individueller Freiheit ist.

2. Das zweite Argument legt den tadelnden Finger auf die besonders oft angesprochene Wunde Chinas, die jämmerlichen Arbeitsbedingungen. Im Grunde stellt dieses Argument eine Variante des sogenannten „Ausbeutungsarguments“ dar. Europäische Unternehmen, welche auf chinesischem Staatsgebiet operieren, machen sich dieser Ausbeutung mitschuldig. Oft würden die chinesischen Arbeiter viel zu schlecht bezahlt (eine offenkundige Konsequenz der Rückständigkeit der chinesischen Industrie) und ihnen der freie Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt.

3. Das dritte Argument ist ein geopolitisches. Es zielt darauf ab, das Wachstum wirtschaftlicher Verflechtung zu verhindern, da dieses zum Erstarken eines anti-liberalen Staats beitragen könnte. Nicht zuletzt aufgrund der enormen Grösse dieses Staates.

4. Dann sind da noch diejenigen, welche der Westen in seinen wirtschaftlichen Grundfesten beschützen wollen. Diese Gruppe der Gegner sehen in zunehmender Wirtschaftskooperation die Gefahr eines wachsenden Wettbewerbs, welcher den Westen schaden würde. Dies nicht zuletzt, weil die Chinesen billigere Produkte anzubieten haben. Genauso wird auch die Unternehmensabwanderung aus dem Westen nach China aufgrund der für China günstigen Lohnunterschiede gefürchtet. Obschon diese Argumente aus einzelwirtschaftlicher Sicht durchaus ihre Berechtigung haben, gilt es auch sie infrage zu stellen. Denn gerade auf lange Sicht ist es weder wirtschaftlich noch moralisch von Vorteil, sich von ausländischer Konkurrenz abzuschirmen.

Integration als Schützerin der Menschenrechte

Das Ausgrenzen Chinas aus dem internationalen Marktgeschehen hätte den genau gegenteiligen Effekt, als eben eine Verbesserung der dortigen Rechtslage. Denn gerade die bislang erfolgte wirtschaftliche Eingliederung, welche durch die Globalisierung vorangetrieben wurde, hat zu einem Wirtschaftswachstum geführt, von dem auch die Ärmsten profitiert haben (wenn auch noch nicht im Übermass). Das Errichten einer „protektionistischen Mauer“ gegen China würde die Ärmsten der Armen jedoch sicher am stärksten treffen. Denn jede Verbesserung der ökonomischen Bedingungen für Chinesen hat einen unausweichlichen Effekt auf das chinesische Rechtssystem. In der Tat wird das Vorantreiben der chinesischen Integration in den Welthandel zur Folge haben, dass zweifelhafte und unsaubere Praktiken stärker an das Licht der Öffentlichkeit gelangen, welche anderenfalls unter den Teppich gekehrt würden. Die westlichen, mit den Chinesen zusammenarbeitenden Unternehmen haben ein starkes Interesse daran, dass sich ihr Partner nicht um Menschenrechte foutiert, um nicht selbst einen Imageschaden erleiden zu müssen.

Wie der Ökonom Daniel Griswold feststellte: „Chinas Wirtschaftsreformen haben die Möglichkeit für mehr Religionsfreiheit geschaffen, was daran zu erkennen ist, dass heute mehr als 100 westliche Missionarswerke in China tätig sind und Millionen von Bibeln an das chinesische Volk verteilen konnten“. Es kann mit Sicherheit festgehalten werden, dass die Fortschritte bezüglich der Religionsfreiheit in China – auch wenn noch nicht alle Hürden übersprungen sind – vor allem auf die neu errichteten Beziehungen zwischen dem Westen und China

zurückzuführen sind – eine Entwicklung, die vor 25 Jahren noch illusorisch angemutet hätte. Der Handel hat somit Auswirkungen auf das Rechtssystem.

Um die Bedeutung eines funktionierenden Rechtssystems, und dessen Rolle in der Entstehung eines produktiven Bürgertums, noch besser zu illustrieren, kann schlicht die Geschichte Europas herbeigezogen werden. Tatsächlich gingen die Entstehung des Rechtssystems und die ökonomische Entwicklung hier Hand in Hand, mit der Konsequenz, dass individuelle Rechte immer konsequenter respektiert wurden. Wie eine Vielzahl an hochdekorierten Denkern des 20. Jahrhunderts (bspw. Lon Fuller und Bruno Leoni) zeigte, spiegelt das Recht dabei vor allem jene Realität wieder, die durch die Kaufleute, Eigentümer und Unternehmer geschaffen wurde. Wie auch Marx feststellte, ist dem Wirtschaften ein kohärentes Rechtssystem inhärent. Das Recht ist sozusagen die Suprastruktur, der Überbau eines jeden wirtschaftlichen Systems, denn erst das Entstehen eines auf soliden, vertrauenswürdigen und eigenverantwortlichen Regeln basierenden Unternehmertums legt das Fundament für den funktionierenden Schutz der Menschenrechte. Oder wie Leoni es sagte: Erst die Ansprüche, welche von Eigentümern erhoben werden, erschaffen ein Rechtssystem, dessen Aufgabe es eben ist, diese Ansprüche vor willkürlichen Eingriffen zu schützen. Die Geschichte Europas lehrt somit, dass ein Unterdrücken des Handels und Unternehmertums auch die Entwicklung eines Rechtssystems behindert.

Darüber hinaus sollte erwähnt werden, dass eine gegenseitige Öffnung des Handels neben den wirtschaftlichen und rechtlichen Vorteilen weitere positive Veränderungen herbeiführen kann. Zu nennen ist sicher der intensiverte kulturelle Austausch, das Vergleichen von kulturell unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und die allgemein daraus entstehende Verbreitung neuer Erkenntnisse und Ideen. Eine wachsende Anzahl dank der Globalisierung in den grossen chinesischen Städten lebender Ausländer prägen die einheimischen Chinesen schon heute dahin gehend, dass sie ihnen die Vorteile der in Europa bereits erfolgreichen liberalen Ordnung vor Augen führen. Ein Fremder ist nämlich insofern stets ein Häretiker, als das er die alteingesessenen, verankerten, als selbstverständlich erachteten Regelungen, Verhaltensweisen und Institutionen ungeniert infrage stellen kann.

Rufe, sich nicht auf China einzulassen, solange die kommunistische Partei

regiert, sollten gar als unredlich und zynisch betrachtet werden, denn eine solche Politik stabilisiert erfahrungsgemäss Unrechtsregime. Die Sowjetunion konnte nicht zuletzt wegen der Spaltung des kalten Krieges über 70 Jahre lang überleben. Noch heute können sich darum gewisse leninistische Überbleibsel in Form des Putin-Regimes in Russland halten. Ein neuer „kalter Krieg“ zwischen China und dem Westen würde somit – entgegen den legitimen Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte – dazu führen, dass den chinesischen Bürgern auch jene kleinen, partiellen Fortschritte vorenthalten werden, die heute schon möglich sind.

Kooperation reduziert ausbeuterische Praktiken

Aus ökonomischer Sicht erscheint das Argument, eine wirtschaftliche Integration führe zu Ausbeutung und einer Schwächung der Menschenrechte, besonders problematisch. Zweifellos sind die Bedingungen, unter welchen ein Teil der chinesischen Bürger heute zu leben hat, alles andere als vorteilhaft. Es ist auch wahr, dass viele von ihnen ihre Löhne und Arbeitsbedingungen in keiner Weise mitbestimmen können. Ja, in vielen Fällen lässt sich Ausbeutung nicht leugnen, sofern unter Ausbeutung verstanden wird, dass ein Arbeiter gezwungen wird, gewisse Arbeiten auf eine gewisse Art und Weise auszuführen, ohne dass ihm die Möglichkeit gegeben ist, dieses Arbeitsverhältnis aufzukündigen. Dies ist oft dann der Fall, wenn es sich um lokale Konzerne handelt, die über eine entsprechende politische Verankerung verfügen.

Anders verhält es sich jedoch bei den ausländischen Firmen. Gerade ihnen ist es zu verdanken, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Es besteht eine klare Korrelation zwischen der Präsenz westlicher Unternehmen im asiatischen Raum und der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen vor Ort. Obwohl sich diese westlichen Firmen aufgrund geringerer Kosten und Regulierung sowie attraktiver Absatzchancen für ein Engagement im Schwellenland China entscheiden, streifen sie dort nicht schlagartig ihre Identität und Geschäftspraktiken ab. Sie bleiben weiter an die Werte ihrer Herkunftsländer und ihr Image bei den Konsumenten in der Heimat gebunden. Sobald sich ein westliches Unternehmen auf die örtlichen, schlechteren Bedingungen einlässt, und die moralischen Ansprüche des Heimatmarktes vernachlässigt, setzt es sich der Gefahr von Medienkampagnen aus, die auch den wirtschaftlichen Erfolg

empfindlich beeinträchtigen. Aus diesem Grund sind die durch europäische Unternehmen angebotenen Lohn- und Arbeitskonditionen in China stets höher als jene der lokalen Firmen.

Sind einem diese Tatsachen bewusst, zwingt sich eine Schlussfolgerung auf: Die Niederlassungen europäischer Konzerne in China stärken die Position des chinesischen Arbeiters, schaffen neue Möglichkeiten und können über längere Zeit auch dazu führen, dass sich das gesamte Wirtschaftsklima nachhaltig zum Besseren verändert – gerade zum Nutzen der ärmsten Bevölkerungsteile.

Kooperation minimiert das Risiko eines chinesischen Imperialismus

Das geopolitische Argument mag theoretisch betrachtet nicht völlig einer Grundlage entbehren. Ein Szenario, nach dem China aufgrund der Kooperation mit Amerika und Europa immer mächtiger wird und diese Macht dann dazu einsetzt, seinen Einfluss in Asien imperialistisch auszuweiten, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Nicht zuletzt, da sich die Zukunft immer im Ungewissen liegt. Aber auch, weil Staaten in wirtschaftlichen Mischsystemen tatsächlich dazu neigen, sich an den Früchten des wirtschaftlichen Erfolgs in Form von Steuern zu bedienen und somit unerlässlich wachsen und ihre Interventionsapparate ausbauen (mit vorhersehbaren militärischen und imperialistischen Konsequenzen).

Dasselbe Argument wäre dann aber auch auf andere Staaten, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Indien, Russland und so weiter anzuwenden. Dieser Logik folgend, müsste dem internationalen Markt das Handwerk gelegt werden, um die Expansion aller Staaten zu begrenzen. Dies hätte jedoch unglaubliche Wohlstandseinbussen zur Folge und würde die Vormachtstellung einzelner Regierungen heutiger Grossmächte ungewollt stärken. Entsprechend scheint dieses Argument nicht zu verfangen. Eine nüchterne Analyse der geopolitischen Einwände sollte vor allem die Korrelation von Freihandel und Frieden berücksichtigen. Freihandel sollte immer schon darum gefordert werden, weil die weltweite Handelsvernetzung Interdependenzen und einen daraus resultierenden Frieden fördern – und gleichzeitig kolonialistische und imperialistische Tendenzen im Keim ersticken.

Kooperation verbessert auch europäische Unternehmen

Unter all den Argumenten gegen eine Intensivierung des Handels mit China erscheint eines deutlich als das schwächste: die Forderung nach einem Schutz gegen Wettbewerb aus Fernost. Zunächst einmal lassen die Protektionisten die auf gegenseitigem Einverständnis basierenden Vorteile für beide Handelspartner völlig ausser Acht. Wird die Möglichkeit, Handel zu treiben, unterbunden, so ist dies unweigerlich mit Gewinneinbussen auf beiden Seiten verbunden. Letztlich werden diese durch Handelsverbote erlittenen Einbussen in Form höherer Preise auf den Konsumenten abgewälzt.

Die Gegner des Freihandels schenken auch einem weiteren wichtigen Umstand keine Beachtung: Wenn immer nämlich zwei Länder sich dafür entscheiden, gegenseitige Handelshemmnisse abzubauen, bringt dies nicht nur materielle Vorteile mit sich, es entstehen so auch interpersonelle Beziehungen und gemeinsame kulturelle Grundlagen. Die Handel betreibenden Länder rücken einander näher und beginnen aufgrund gegenseitiger Abhängigkeiten, sich auch gegenseitig besser verstehen zu wollen.

Auf die rechtlichen Vorteile des Handels hatten wir bereits hingewiesen. So lässt sich eine starke Verbindung zwischen der Entwicklung ökonomischer Handelsbeziehungen und der Herausbildung einer funktionsfähigen Rechtsordnung erkennen. Wie Lon Fuller ausführt, haben sich Gesetze stets aus einem Schöpfung- und Entdeckungsprozess heraus geformt. Dies zeigt sich vor allem darin, dass allgemeingültige Gesetze in Gesellschaften mit ökonomisch tätigen Akteuren – wie Händlern – leichter zustande gekommen sind. Wirtschaftliche Akteure sind stets geneigt die Wünsche und Forderungen des Gegenübers zu verstehen und ihnen nachzukommen. Diese Haltung erleichtert offenkundig die Etablierung einer Rechtsordnung.

Das Protektionismus-Argument übersieht zudem folgenden essentiellen Zusammenhang: Die Aufhebung nationaler Grenzen schafft einen grösseren Arbeitsmarkt und mehr Wahlmöglichkeiten für einzelne Akteure, was dazu führt, dass der Produktionsfaktor Arbeit einer effizienteren Allokation zugeführt wird. Diese Effizienzsteigerung wirkt sich auf die Spezialisierung der Arbeitskräfte aus, welche weiter vorangetrieben wird. Mit ihr floriert die Wirtschaft, da die Spezialisierung das Fundament des Wirtschaftswachstums ist. Die Krisen

einzelner europäischer Industrien, welche durch das konkurrenzierende Angebot chinesischer Hersteller ausgelöst wurden, zeigt uns also vor allem, dass diese Industrien „unsozial“ in dem Sinne waren, dass sie die Nachfrage der Konsumenten nicht befriedigten.

Das Grundproblem der Unternehmen, die durch chinesische Konkurrenz beeinträchtigt werden, ist dass sie keinen Wert (mehr) schaffen. Aus einer gesellschaftlichen Perspektive wäre es wichtig, dass diese Unternehmen den einzig gangbaren Weg beschreiten und entweder ihre Leistung verbessern – oder aber die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital), die sie heute binden, in Bereiche abwandern lassen, in denen sie mit grösserer Produktivität eingesetzt werden können.

Das protektionistische Argument übersieht regelmässig die Tatsache, dass in mittlerer bis längerer Frist ein Wachstum der Importe immer auch zu einem Wachstum an Exporten führen wird. Offensichtlich sind die chinesischen Exporteure nämlich bereit, für ihre Produkte Euro zu erlangen, welche sie später wiederum für europäische Güter ausgeben werden. Die Vorstellung, dass unsere heimische Industrie vollständig verschwinden und durch eine chinesische ersetzt werden könnte, ist somit gänzlich unrealistisch. Diese Sicht der Dinge basiert auf der irrigen Annahme, dass chinesische Arbeiter für umsonst, also ohne Gegenleistung, arbeiten – beziehungsweise für Geld, welches sie dann aber nicht wieder ausgeben. Wirtschaftliche Integration befördert also die Entwicklung von Industrien und Unternehmen, welche wettbewerbsfähig sind und tatsächlich eine Nachfrage befriedigen – etwa jene in den wachsenden asiatischen Märkten. In diesem Sinne macht die internationale Kooperation unsere Unternehmen besser.

Zu guter Letzt ist das Protektionismus-Argument auch moralisch nicht haltbar. Trotz des Wirtschaftswachstums, das China zurzeit aufzuweisen hat, darf nicht vergessen gehen, dass es sich bei diesem Staat noch immer um ein Schwellenland handelt. Die Lebensbedingungen vor Ort sind keineswegs bereits perfekt, Hunger, Epidemien, hohe Kindersterblichkeit und miserable Arbeitsbedingungen sind noch immer verbreitet. Eine Öffnung unserer Märkte kann Millionen Chinesen helfen, ihre Lebensumstände zu verbessern und eine bessere Zukunft anzustreben. Jene, welche die eigenen Unternehmen wider besseres Wissen schützen wollen verdammen die Armen dieser Welt zu Not und einem verzweifelten Kampf um ihre Lebensumstände.

Ein Kompromiss – weder Abschottung noch Öffnung – ist unhaltbar

Manche Beobachter vertreten die Position, dass eine Erweiterung der Handelsbeziehungen prinzipiell zu begrüßen sei, dieser Prozess jedoch nur graduell oder flankiert durch Eingeständnisse seitens Chinas ablaufen sollte. Präziser gesagt verfolgen die Verfechter dieser Sicht eine „Öffnung-im-Tausch-für-Menschenrechte-Strategie“. Der Westen stimmt einem Abbau von Handelsschranken nur zu, nachdem die kommunistische Regierung Chinas zugesagt hat, ihr korruptes Machtgefüge zu schleifen und ein zuverlässiges Rechtssystem zu errichten.

Ein solcher Kurs klingt in der Theorie vielversprechend, da sowohl ein Abbau von Handelsschranken als auch die Errichtung eines Rechtssystems angestrebt wird – die Schwierigkeit besteht allerdings darin, solche auf gegenseitigen Konzessionen beruhenden Schritte simultan durchzusetzen. So könnten notwendige Fortschritte unbestimmt verzögert werden. Hinzu kommt: Es ist schlicht unvernünftig, eine für beide Seiten vorteilhafte ökonomische Kooperation auszuschlagen. Darüber hinaus sollte auch der wohlweislich kaschierte wahre Kern des Argumentes entlarvt werden: Oft geht es seinen Verfechtern nur darum, die Menschenrechtsdiskussion als ein moralisches Alibi zu missbrauchen, um von der wahren Absicht, die eigenen Unternehmen protektionistisch vor Konkurrenz aus Asien zu schützen, abzulenken.

Des Weiteren beinhaltet eine graduelle Vorgehensweise die heikle Aufgabe, die richtigen Branchen und den richtigen Zeitpunkt für eine Öffnung festzulegen. So käme es unvermeidlich zu einem politischen Feilschen welches durch etablierte Interessen dominiert würde. Der Gradualismus stellt somit vor allem ein Geschenk an jene dar, die ihre Pfründe verteidigen wollen – zu Lasten sowohl der heimischen Konsumenten als auch der Menschenrechte in China.

Die Öffnung des chinesischen Marktes

Nicht zuletzt sollte die Frage gestellt werden, ob ein „Rechte-Imperialismus“ tatsächlich eine vernünftige politische Strategie darstellt. Sie würde es zur Aufgabe europäischer Staaten und/oder Institutionen machen, die Rechtssicherheit jedes Erdenbewohners zu erkämpfen. Wenn der Kampf für Menschenrechte heute dazu ermächtigt, den freiwilligen Tausch zwischen

europäischen und chinesischen Bürgern zu unterdrücken (und damit ihre Rechte auf friedliche Beziehungen zu beeinträchtigen), dann könnte er in der Zukunft auch dazu ermächtigen, ein unterdrücktes Volk mit militärischen Mitteln zu befreien und demokratische Institutionen zu erzwingen.

Eine solche Vision wird belastet durch ihre eurozentrische und anachronistische Perspektive, welche jedem chinesischen Kind dieselben Garantien und denselben Schutz angedeihen lassen möchte, die im Westen gewährt werden (etwa im Falle der Kinderarbeit), ohne die kulturellen und materiellen Unterschiede der chinesischen Realität anzuerkennen.

Fazit

Aus all den oben genannten Gründen sollte die am schnellsten und vollständigsten mögliche Integration der westlichen und chinesischen Wirtschaftssphären wärmstens begrüßt werden. Über Jahrhunderte war China vom Rest der Welt isoliert – diese Schliessung war die wesentliche Ursache für den Niedergang einer sehr fortschrittlichen Zivilisation. Die Entstehung imperialer und bürokratischer Verhältnisse in China unterband die Freiheit der Bürger dieses gewaltigen Landes und hielt sie davon ab, jene gesellschaftliche Evolution und Entwicklung zu erleben, welche den kleinen Zipfel der eurasischen Landmasse kennzeichnen, den wir als „Europa“ kennen.

Diese zentralistische Tradition beeinflusst bis heute den Alltag und die Wirtschaft Chinas. Die maoistische Herrschaft verstärkte sie und gab ihr eine neue ideologische Grundlage im Namen der „Modernisierung“. Erst nach der Erfahrung des tragischen Scheiterns des „Grossen Sprungs nach vorn“ und der „Kulturrevolution“ leitete die post-maoistische chinesische Führung einen Anpassungsprozess ein, der – obwohl verbunden mit vielen Inkonsistenzen und Unsicherheiten – der chinesischen Bevölkerung nachweislich hilft, ihre Freiheiten auszubauen und ihre Lebensumstände zu verbessern.

Eine wachsende westliche Präsenz in China und eine verstärkte Integration beider Welten kann diesen Prozess nur begünstigen und die Grundlage für eine bessere Zukunft legen.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2013, Liberales Institut.